

Der Griff der Monopole nach dem Staat

Einige Fakten zum Thema staatsmonopolistischer Kapitalismus in Westdeutschland / Von Dozent Dr. Günther Kesselbauer

Das 7. Plenum unserer Partei hat eine Reihe Fragen aufgeworfen, die gegenwärtig stark im Mittelpunkt der Diskussionen stehen. Vor allem ist es die Entwicklung in Deutschland, die viele beschäftigt. Unsere Republik hat in den letzten Jahren ihre politische und ökonomische Position gefestigt und hat mit Vorschlägen zur Lösung der nationalen Frage ihren Friedenswillen bewiesen.

In den letzten Wochen hat unsere Partei neben der klaren Aufgabenstellung für die Entwicklung unseres Staates bis 1970 mit aller Eindringlichkeit die aggressiven Absichten der Bonner Machthaber entlarvt. Der Atomkomplex hat den Ernst der gegenwärtigen Situation nachdrücklich unterstrichen.

Es wird aber auch deutlich, daß diese Gefahr, die seitens des westdeutschen Imperialismus und Militarismus droht, unterschätzt wird. Aber gibt es nicht genügend Erfahrungen hinsichtlich der Politik des deutschen Imperialismus? Wir sollten deshalb stärker diese historischen Erfahrungen erläutern und ins Gedächtnis zurückrufen, denn es geht darum, den Verdrängern des deutschen Volkes ein für allemal das Handwerk zu legen.

Es ist nicht zufällig, wenn die Bonner Machthaber gerade gegenwärtig so stark um den Besitz und die Verfügungsgewalt von Atomwaffen bemüht sind. Das westdeutsche Monopolkapital hat sich eine ökonomische Basis geschaffen, auf deren Grundlage es zu aggressiven Aktionen übergehen kann. Mit Hilfe staatsmonopolistischer Maßnahmen verfügen die Monopole über eine modern ausgerüstete und durchorganisierte Industrie, die jederzeit in vollem Umfang militärischen Erfordernissen Rechnung tragen kann.

Weiterhin ist es den Monopolen gelungen, sich beachtliche wirtschaftliche Positionen in anderen europäischen Staaten zu erobern. Das wurde u. a. durch eine groß angelegte Exportoffensive erreicht. Bis 1963 z. B. hatten die westdeutschen Monopole Auslandskapitalanlagen von 6,1 Milliarden aus privaten Mitteln und 19,6 Milliarden aus staatlichen Mitteln. Der

Export Westdeutschlands, der 1950 8,362 Milliarden Mark betrug, stieg bis Ende 1963 auf etwa 38,5 Milliarden Mark. Von allen europäischen kapitalistischen Staaten hat Westdeutschland als einziges Land schon seit 1952 eine aktive Handelsbilanz. Zwei Zahlen sollen diese Exportentwicklung noch verdeutlichen. Wenn man das Jahr 1953=100 setzt, so entwickelte sich der westdeutsche Export von 1950=36 auf 180 im Jahre 1967. Der USA-Export entwickelte sich im gleichen Zeitraum von 73 auf 123. Sehr aufschlußreich sind folgende Tatsachen:

Hinsichtlich des Anteils an der Einfuhr der kapitalistischen Länder Europas stand Westdeutschland 1967 in England und Spanien an dritter Stelle, in Italien und Frankreich an zweiter Stelle hinter den USA. (Hier ist der Anteil der USA von 23,34 Prozent 1960 auf 18,77 Prozent 1967 zurückgegangen, der Anteil Westdeutschlands aber von 8,23 Prozent auf 12,23 Prozent gestiegen.) In allen anderen kapitalistischen Ländern liegt Westdeutschland an erster Stelle, z. B. in den Niederlanden mit 18,51, in Belgien und Luxemburg mit 15,57, Schweiz mit 25,59, Schweden mit 22,06 Prozent usw.

Wir wissen jedoch, daß diese ökonomischen Positionen im Interesse der Monopole geschaffen wurden. Um aber die wirklichen Absichten, die sich hinter dieser ökonomischen Expansion verbergen, richtig verstehen und einschätzen zu können, sei ein Blick in die Geschichte getan.

In seiner Selbstüberschätzung und falschen Einschätzung der Lage glaubte der deutsche Imperialismus 1914 an einen schnellen Sieg. Das hatte u. a. zur Folge, daß schon Ende 1914 ernste Schwierigkeiten hinsichtlich der Rohstoffversorgung der Kriegswirtschaft eintraten. Auf Initiative Walter Rathenaus, Aufsichtsratsvorsitzender der AEG, wurde deshalb die Rohstoffabteilung beim Kriegsministerium gebildet. Mit dieser Institution verfügten die großen deutschen Monopole erstmals über eine staatliche Einrichtung, die es ihnen ermöglichte, über die Rohstoffbewirtschaftung die gesamte Wirtschaft ihren Interessen unterzuordnen.

Das Ergebnis dieser Politik zeigte sich in den erzielten Gewinnen. Die AEG z. B. erzielte 1914/15 einen Reingewinn von 21,29 Millionen Mark und 1916/17 36,37 Millionen Mark, der sich im Laufe des Krieges weiter erhöhte. Die ganze Brutalität des deutschen Imperialismus wird jedoch deutlich, wenn man folgendes liest. In einem Protokoll der Kriegsrohstoffabteilung vom August 1917 heißt es:

„Der Charakter des jetzigen Krieges bringt es mit sich, daß mit der Möglichkeit eines raschen Wiederauflebens der Feindseligkeiten noch geraume Zeit nach dem Abschluß des Friedens zu rechnen ist. Im besonderen hat sich die Heeresverwaltung auch darauf einzurichten, daß vielleicht wiederum England sich unter unseren Feinden befindet, und daß wir dann wieder vom Seeweg abgeschnitten sein werden. Ebenso ist damit zu rechnen, daß ein neuer Krieg vielleicht noch einmal eine ganze Welt von Feinden gegen uns in Waffen stellt, daß also dann unsere ganze Bevölkerung in den Dienst der Kriegsführung zu stellen ist.“

In den Richtlinien vom Februar 1918 wird festgelegt, daß es die Aufgabe im Frieden sei, die deutsche Wirtschaft für einen kommenden Krieg von der Rohstoffzufuhr aus dem Ausland unabhängig zu machen. Das heißt also, der deutsche Imperialismus bereite sich auf den zweiten Weltkrieg vor, als der erste noch nicht beendet war.

Verfolgt man die Praxis des Monopolkapitals nach dem ersten Weltkrieg, so zeigt sich deutlich, daß die Konzeption von 1917/18 voll verwirklicht wurde. Die Vorbereitung des zweiten Weltkrieges hat es bewiesen. Die wirtschaftliche Ausplünderung Europas und die Ausnützung dieser Länder während des Krieges entsprachen den Machtansprüchen des deutschen Imperialismus. Damit wurde jedoch auch die Grundlage für die spätere Zeit geschaffen. Lassen wir Tatsachen sprechen. Im August 1940 wurde in einem Geheimratstag Görings folgendes formuliert:

„Ein Ziel der deutschen Wirtschaftspolitik ist die Vergrößerung des deutschen

Einflusses bei ausländischen Unternehmungen. Ob und inwieweit der Friedensvertrag die Abtretung von Anteilen usw. bringen wird, ist noch nicht zu übersehen. Notwendig ist es aber schon jetzt, daß jede Gelegenheit ausgenutzt wird, um noch während des Krieges der deutschen Wirtschaft Eingang in die interessanten Objekte der Wirtschaft der besetzten Länder zu ermöglichen und Verschiebungen zu verhindern, die die Erreichung des oben genannten Zieles erschweren könnten.“

Im Oktober 1940 beschäftigte sich der „Große Beirat der Reichsgruppe Industrie“, ein Instrument der Monopole, mit „Gegenwartsfragen der deutschen Wirtschaft und die zukünftige Gestaltung der europäischen Großraumwirtschaft“. In dieser Sitzung wurde praktisch jene wirtschaftspolitische Konzeption entwickelt, die in der EWG und der EFTA praktiziert wurde und wird.

Im Protokoll dieser Sitzung ist die Rede des Ministerialdirektors Dr. Schlottorer, Vertreter des Reichswirtschaftsministeriums, enthalten. Er erklärte, daß die deutschen Monopole nicht vom Standpunkt des Siegers die „zukünftige europäische Großraumwirtschaft“ gestalten dürften. Was er darunter versteht, sagt er so:

„Selbstverständlich wollen wir etwas selbstverständlich müssen wir etwas wollen, denn wenn wir schließlich die Führung in Europa haben, dann müssen wir auch Einfluß haben; und das setzt eben voraus, daß wir uns diejenigen Positionen in Europa verschaffen, die wir brauchen, um unsere führende Rolle spielen zu können.“

Am Beispiel der belgischen Eisen- und Stahlindustrie erläuterte Schlottorer dann, daß der „...deutschen Wirtschaft... genügend wirtschaftliche Möglichkeiten und Druckmittel zur Verfügung (stünden), um ihren Willen durchzusetzen und die richtigen Lösungen in Europa zu erreichen.“

An anderer Stelle heißt es dann noch:

„Und für den Anfang ist es sogar taktisch richtig, nicht gleich mit der Tür ins

Haus zu fallen und zu sagen: das und das ist unrentabel, das muß stillgelegt werden. Es ist viel besser, man spricht zunächst über diese Dinge nicht und fängt mit einem positiven Beitrag zur Mitarbeit an...“

Man beachte, diese Konzeption wurde 1940 erarbeitet. Wenn man nun unter diesen Gesichtspunkten die gegenwärtige Expansionspolitik der Bonner Machthaber auf ökonomischem Gebiet betrachtet, so wird deutlich, daß es dem westdeutschen Imperialismus gelungen ist, auf diese Weise Machtpositionen in Europa zu erlangen, die er auch ausnützt und jetzt den nächsten Schritt geht, um auf militärischem Gebiet mit Hilfe von Atomwaffen gerüstet zu sein, einen neuen Krieg zu entfesseln.

Es gibt keinen Zweifel, daß der westdeutsche Imperialismus zur Durchsetzung seiner Pläne nicht nur das Leben unseres Volkes, sondern auch das der Völker Europas aufs Spiel setzt. An seiner Gefährlichkeit kann man auf Grund der geschichtlichen Erfahrungen nicht zweifeln. Das alles bewußt zu machen, ist eine große Aufgabe. In der weiteren sozialistischen Entwicklung unserer DDR liegt die Garantie, daß es den Verdrängern unseres Volkes nicht gelingen wird, ihr Ziel zu erreichen. Jeder einzelne kann und muß dazu beitragen.

1) Alfred Müller: Die Kriegsrohstoffbewirtschaftung 1914-1918 im Dienste des deutschen Monopolkapitals. Akademie-Verlag, Berlin 1955, S. 121.

2) Der Reichsmarschall des Großdeutschen Reiches, Befehlshaber für den Vierjahresplan, Berlin, 2. August 1940, vgl. Ullrich, Einflußnahme auf Wirtschaftsunternehmungen in den besetzten nord-, west- und südosteuropäischen Ländern während des zweiten Weltkrieges, insbesondere der Erwerb von Beteiligungen (Verflechtungen), Institut für Besatzungsfragen Tübingen, 1964, S. 148.

3) IG-Farben Wigo 14. Dezember 1940, Protokoll der Sitzung des Großen Beirats der Reichsgruppe Industrie, 3. 19. 1940, Weickert-Gajewski, Nr. 111, Seite 15.

4) Ebd. Seite 18.

5) Protokoll der Sitzung des Großen Beirats, Seite 20.

Mediziner berieten Studium der Vorklinik

Über das IV. Nationale Symposium in Jena berichtet Dozent Dr. habil. Harald A. r i c h

Am 29. und 30. Januar 1965 fand in Jena im Auftrage des Staatssekretariats für das Hoch- und Fachschulwesen das IV. Nationale Symposium statt, das sich mit der Reform des vorklinischen Abschnitts des Medizinstudiums und der Verbindung von vorklinischem und klinischem Studium zu einem einheitlichen Gesamtstudium der Medizin befaßte. Alle an dieser großen Ausbildungs- und Erziehungsaufgabe beteiligten und interessierten Hochschuldozenten, Wissenschaftler, gesellschaftlichen Organisationen und Studenten waren dazu vom Rektor der Friedrich-Schiller-Universität und von den Dekanen der Medizinischen und Naturwissenschaftlichen Fakultät dieser Hochschule eingeladen worden. Auch von der Karl-Marx-Universität in Leipzig nahm eine starke Delegation von nahezu 40 Angehörigen an diesem Symposium teil. Eine Woche vorher hatte in Leipzig bereits durch Initiative von Spezialist Prof. Dr. Wildführ und Herrn Prof. Dr. Dürwald, dem Vorsitzenden der Kommission „Forschung und Lehre“ der Fakultätsgewerkschaftsleitung, eine Beratung über die Konzeption der Medizinischen Fakultät der Karl-Marx-Universität zur vorklinischen Studienreform stattgefunden, die in Leipzig seit Jahren erhellend diskutiert zu diesem Thema einheitlich zusammenfaßte. Der Wert dieses praktisch von der gesamten Fakultät erarbeiteten gemeinsamen Standpunktes als Vorbereitung für das Jenaer Symposium war unbestritten.

Nach der Begrüßung durch den Staatssekretär, Prof. Dr. Gießmann, und durch den Rektor der Friedrich-Schiller-Universität begann das Symposium in Jena mit 4 einleitenden Referaten, von denen das erste „Grundsätze und Prinzipien der in der Vorklinik erstrebten Veränderungen“ von Sportabilis Prof. Dr. Funder (Jena) gehalten wurde. Diese allgemeinen Grundsätze können in folgenden Punkten zusammengefaßt werden:

1. Enge Verknüpfung von theoretischer und praktischer Ausbildung zu einem einheitlichen Gesamtstudium der Medizin.

2. Auf das Gesamtausbildungsziel abgestimmte Stoffauswahl in allen Fächern.

3. Verwendung des Wissens der vorhergehenden Ausbildung in allen nachfolgenden Studienabschnitten.

4. Ausbildung nach komplexen Schwerpunkten.

5. Begrenzung des Pflichtunterrichts auf 25 Wochenstunden.

6. Verteilung des Pflichtunterrichts auf 30 Prozent Vorlesungen und 70 Prozent Praktika und Seminare.

7. Verstärkung der Erziehungsarbeit.

8. Schaffung enger Kontakte zwischen Hochschuldozenten, Assistenten und Studenten – direkt und über die gesellschaftlichen Organisationen.

Das zweite Referat, gehalten von Magnifizenz Prof. Dr. Drechzahl (Jena), beschäftigte sich mit dem „Beitrag der Naturwissenschaften zur vorklinischen Ausbildung der Mediziner“. Chemie, Physik, Biologie und Mathematik sollten dem Medizinstudenten ein theoretisches, anwendungsreiches Grundwissen vermitteln, auf das er in den nachfolgenden Studienabschnitten organisch aufbauen kann. Der Inhalt sollte in jedem Falle für das Medizinstudium spezialisiert sein und im Ausbildungsziel den vorwiegend in der medizinischen Praxis tätigen Arzt im Auge haben.

Das dritte Hauptreferat „Erziehungsgrundsätze in der vorklinischen Ausbildung“ wurde von Prof. Dr. Dr. Rapoport (Berlin) gehalten. Der Inhalt dieses Vortrages, der in den anschließenden Diskussionen seiner Bedeutung entsprechend viel zu kurz wegieng, kann in folgenden Thesen kurz zusammengefaßt werden:

1. Ausbildung und Erziehung sind eine Einheit. Die Konzeption des Gesamtstudiums muß einheitlich und umfassend sein und dem Fortschritt der Wissenschaften entsprechen.

2. Die Gemeinsamkeit des Lehrkörpers und die Entwicklung sozialistischer Erzieherkollektive ist für die Erziehung der Studenten wesentlich.

3. Ausbildung und Erziehung sind gemeinsame Aufgabe von Lehrkörper und Studenten.

4. Sozialistische Arbeitsmoral, Verantwortungsbewußtsein, Ehrlichkeit, ein materialistisches Weltbild und kollektive Arbeit sind Grundlagen der studentischen Moral.

5. Die FDJ vertritt alleinstufig die studentischen Interessen und Rechte.

6. Alle Lehrveranstaltungen besitzen einen hohen erzieherischen Gehalt.

7. Lehr- und Prüfmethoden müssen die Erziehung zur Denkfähigkeit, Selbständig-

keit, Ehrlichkeit und Kontinuität der Arbeit sichern.

Das vierte Hauptreferat, vorgetragen von Dr. Hess (Jena), beschäftigte sich mit den „Prinzipien des gesellschaftswissenschaftlichen Grundstudiums und seiner Integration mit dem Fachstudium“. Ausgehend von der Tatsache, daß das gesellschaftswissenschaftliche Grundstudium fester Bestandteil des Medizinstudiums ist, wurden Wege und Möglichkeiten dargestellt, diesen Teil der medizinischen Ausbildung noch stärker als bisher fachbezogen zu lehren und ihn fest mit dem naturwissenschaftlich-medizinischen Teil des Studiums zu integrieren.

Nach Abschluß dieser Hauptvorträge fand eine freimütig und verantwortungsbewußt geführte Plenardiskussion zu grundsätzlichen Fragen der Studienreform statt, an der sich über 20 Diskussionsredner – sowohl Hochschuldozenten als auch fachlich ausgezeichnete Studenten – beteiligten. Dabei wurden alle Probleme vom Inhalt und nicht von der Stundenzahl her erörtert und dadurch eine günstige Atmosphäre geschaffen. Neben den allgemeinen Grundsätzen wurden prinzipielle Fragen des Unterrichts aller vorklinischen Fächer berührt und dabei die Vorstellungen der einzelnen Fakultäten zur Studienreform erläutert. Den Vorschlag der Medizinischen Fakultät Leipzig (vgl. Universitätszeitung vom 14. 1. 65) begründete Prodekan P. r i c h.

Bis auf den Entwurf der Medizinischen Fakultät in Halle – der einen innerhalb eines jeden Semesters schwerpunktmäßig verteilten Unterricht in allen Fächern parallel bis zum 5. Semester und anschließend Abschlußprüfungen in allen Disziplinen vorsah – hatten alle anderen Pläne sehr viele Gemeinsamkeiten, von denen besonders eine mehr oder minder strenge Schwerpunkterteilung auf die einzelnen Semester sowie der Abschluß der anatomischen Grundausbildung nach dem 3. Semester hervorzuheben sind. Während der Jenaer Plan den Schwerpunkt Physik/Chemie ins erste Semester, den Schwerpunkt Anatomie ins zweite und dritte Semester und den Schwerpunkt Biologie/Physiologie/Physiologische Chemie ins vierte und fünfte Semester verlegte, sah der Berliner Plan das erste und zweite Semester für Anatomie und Biologie und das dritte Semester für Physik und Chemie vor, wobei die beiden letzten Fächer

einen fließenden Übergang zu den physiologischen Disziplinen erhalten, für die auch im Berliner Plan das vierte und fünfte Semester zur Verfügung stehen sollen. Der Vorschlag unserer Fakultät stellt somit einen Mittelweg zwischen diesen beiden Ansichten dar und berücksichtigt Argumente sowohl der Jenaer als auch der Berliner Fakultät.

Das wichtigste und wertvollste Ergebnis der Plenardiskussion ist sicher, daß die in den Hauptreferaten dargelegten allgemeinen Grundsätze und Ziele der Ausbildung und Erziehung innerhalb des vorklinischen Studienabschnitts nahezu vorbehaltlos anerkannt wurden. Unterschiedliche Auffassungen gab es bei Problemen, die für den Inhalt der Studienreform nur zweit-rangige Bedeutung besitzen (Reihenfolge des zu bietenden Stoffes, Umfang der komplexen Schwerpunkte u. a.). Einer besonderen Erwähnung bedarf hier noch die Feststellung des Beirates für Anatomie, daß die jahrelang umstrittene vorklinische Ausbildung der Studenten der Zahnmedizin auch in Zukunft in gleicher Weise wie für die Humanmedizin erfolgen soll.

An dieser Stelle soll auch erwähnt werden, daß am Abend des ersten Beratungstages ein den Anliegen der Studienreform gewidmetes Kabarett stattfand, das, von im Physikraum stehenden Medizinstudenten durchgeführt, den Anwesenden in vorzüglicher Form die Schwächen des Medizinstudiums aus dem Blickwinkel der Studenten offenbarte und von allen mit sehr viel Beifall bedacht wurde.

Der zweite Tag des Symposiums wurde in Gruppendiskussionen durchgeführt, wobei sich das Plenum auf 3 Gruppen verteilte: „Mathematik, Physik, Chemie“, „Biologie“ und „Gesellschaftswissenschaften und Probleme des einheitlichen Gesamtstudiums“. In diesem Abschnitt der Beratung wurden nun auch spezifische Probleme eines jeden Fachs besprochen, die sich vor allem auf dessen stofflichen Inhalt, eine zweckmäßigere Arbeitsteilung innerhalb der Fächer, eine sinnvolle Reihenfolge des zu bietenden Stoffes, auf Möglichkeiten komplexer Studienveranstaltungen und auf eine intensive Verzahnung und Ausbildung mit den klinischen Fächern bezogen. Auch hier wurde über viele Diskussionspunkte eine einheitliche Auffassung erzielt. Die Begrenzung des Pflichtunterrichts auf 25 Wochenstunden und dessen Verteilung auf Vorlesungen

und Praktika im Verhältnis 1:1 wurde allgemein unterstützt. Die Persönlichkeits-erziehung der Studenten gehört zu den Aufgaben des Hochschullehrers und muß verstärkt werden. Die Gesellschaftswissenschaften sind fester Bestandteil des Medizinstudiums. Die Fremdsprachenausbildung sollte in der Oberschule abgeschlossen sein, wobei eine fachverbundene Weiterentwicklung von fakultativem Fremdsprachenunterricht an der Hochschule sinnvoll erscheint. Für wissenschaftlich tätige Assistenten sollte er sogar fest zum Ausbildungsprogramm an den Instituten und Kliniken gehören. Vorlesungen in Mathematik, biologischer Statistik und Psychologie gehören zum Medizinstudium.

Den Inhalt eines jeden Lehrbuches zu erörtern, ihn streng und detailliert zu definieren und ihn dem Fortschritt der Wissenschaften, den Bedürfnissen des klinischen Studiums und der medizinischen Praxis anzupassen, sollte die nächste Aufgabe der verantwortlichen Hochschullehrer und der an der Ausbildung und Erziehung beteiligten Wissenschaftler sein. Die Medizinischen Fakultäten in Leipzig und Halle wurden mit der Erarbeitung eines entsprechenden umfassenden Vorschlags für die physiologischen Fächer betraut. Eine fortwährende Überprüfung des Stoffangebotes und der Anforderungen an den Studenten wird dabei für die Zukunft unerlässlich sein.

Im Anschluß an die Gruppendiskussionen wurde über deren Ergebnisse vor dem Plenum zusammenfassend berichtet, noch einmal grundsätzlich diskutiert und damit das Symposium beendet.

Durch die Beratung in Jena wurde zweifellos – auch wenn bestimmte Fragen noch offen blieben – ein großer Schritt in der Reform des Medizinstudiums nach vorn getan. Das drückt sich nicht nur in der allgemeinen Anerkennung der Grundsätze und Prinzipien der Studienreform und in vielen Gemeinsamkeiten der Ansichten aus, sondern auch in wertvollen Anregungen und Gedanken, die jeder Teilnehmer dort erhielt. Auf der anderen Seite ist unbestritten, daß auf dem Wege zu einer einheitlichen, umfassenden Bildung des Medizinstudenten noch große Aufgaben vor uns stehen, die in der Zukunft von uns gelöst werden müssen.